

18.07.2017

Kleine Anfrage 113

des Abgeordneten Guido van den Berg SPD

Welche Verbindungen gibt es zwischen Kriminellen beim G20-Gipfel und „Aktivisten“ der „Ende Gelände“ Veranstaltungen im August 2017?

Nach den schrecklichen Ausschreitungen von Straftätern und Kriminellen am Rande des G20-Gipfels in Hamburg stellt sich die Frage, wie sich die Sicherheitsbehörden auf die „Ende-Gelände“ Veranstaltung im August 2017 in Nordrhein-Westfalen aufstellen.

Vor diesem Hintergrund stelle ich folgende Fragen:

1. Welche Erkenntnisse haben die Sicherheitsbehörden über ein aktuelles Aktionstraining für „Ende Gelände“ an der Kölner Universität - organisiert unter anderem vom Studentenausschuss der Humanwissenschaftlichen Fakultät -, bei dem das erfolgreich Blockaden errichten, Polizeiketten „durchfließen“, Widerstand bei Räumungen leisten, auf dem Programm stehen soll?
2. Welche Erkenntnisse haben die Sicherheitsbehörden über angeblich weitere parallel dazu angekündigte Informationsveranstaltungen in Berlin, Frankfurt und Göttingen, über weitere in Kopenhagen, Zürich, Göteborg, Salzburg und über ggf. noch weitere?
3. Wie groß ist die Schnittmenge aus Teilnehmern an den G20-Gipfel-Ausschreitungen und den teils ebenfalls linksextremen Teilnehmern der „Ende Gelände“-Demonstrationen?
4. Wie bewerten die Sicherheitsbehörden für die Einsatzbewältigung einen sich selbst „bürgerlich“ nennenden Braunkohlewiderstand, der gewaltsame Protestaktionen entweder stillschweigend toleriert, teilweise auch relativiert oder den Straftätern unter den Aktivisten das Gefühl gesellschaftlicher Akzeptanz vermittelt?
5. Ist es zutreffend, dass „Aktivisten“ aus dem Hambacher Forst in einer Solidaritätsbekundung an die G20-Demonstranten erklärt haben, Widerstand „mit jeder Methode“ leisten zu wollen, „die wir für angemessen halten: egal ob durch friedliche Blockaden, durch Sabotage, oder, wenn es Sinn (ergibt), auch militant“?

Guido van den Berg

Datum des Originals: 18.07.2017/Ausgegeben: 19.07.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de